

**(Präsident.)****(A)** mannsdorf nach Pockau-Lengefeld um Erbauung dieser Bahn.**Präsident:** Zum Vereinerungsverfahren.

(Nr. 2137.) Desgleichen, betreffend anderweite Schlußberatung über den Antrag des Abg. Friedrich und Genossen, das Abrufen der Eisenbahnzüge betr.

**Präsident:** Die Zweite Kammer ist dem Beschlusse der Ersten Kammer beigetreten. Daher zu den Akten.

(Nr. 2138.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petition des Gemeinderats zu Klopsche um Weiterführung der elektrischen Straßenbahn Dresden-Klopsche.

**Präsident:** An die zweite Deputation.

(Nr. 2139.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petition der Gemeinde Obergorbitz und Genossen um Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Dresden nach Obergorbitz.

**Präsident:** An die zweite Deputation.

(Nr. 2140.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petitionen der Gemeinde Naundorf und Zitzschewig und Genossen um unverzügliche Ausführung der beschlossenen Straßenbahnverbindung.

(Nr. 2141.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petition der Gemeinde Niederhäslich um Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Deuben nach Niederhäslich.

**(B)** (Nr. 2142.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petition der Gemeinde Gittersee und Genossen um Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Dresden-Plauen nach Coschütz usw.

(Nr. 2143.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petitionen der Gemeinde Eisenberg-Moritzburg um Erbauung einer elektrischen Straßenbahn von Wilder Mann nach Eisenberg-Moritzburg.

(Nr. 2144.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petitionen der Einwohnerschaft zu Rabenau um Fortführung der elektrischen Straßenbahn im Plauenschen Grunde von Hainsberg bis Rabenau.

(Nr. 2145.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petitionen der Hüttenamtmänner usw.

(Nr. 2146.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über die Petitionen um Verbesserung der Lage der Expedienten, der unteren Justizbureaubeamten usw.

**Präsident:** Die Gegenstände zu Nr. 2140 bis 2146 kommen an die zweite Deputation.

(Nr. 2147.) Desgleichen, betreffend Allgemeine Vorberatung und zugleich Schlußberatung, die Gewährung einer außerordentlichen Aufwandsentschädigung betr.

**Präsident:** An die zweite Deputation in Verbindung mit der ersten Deputation.

(Nr. 2148.) Desgleichen, betreffend Schlußberatung über das Königl. Dekret Nr. 39, Abänderung des Gesetzes wegen der Unterhaltung und Rörung der Zuchtbullen betr.

**Präsident:** An die erste Deputation.

(Nr. 2149.) Desgleichen, betreffend zweite Beratung über das Königl. Dekret Nr. 19, den Entwurf eines Gemeindesteuergesetzes betr.

**Präsident:** Die Schlußberatung ist abzuwarten. Vorläufig zu den Akten.

Ich möchte mir die Ermächtigung der Kammer erbiten, Anträge auch dann auf die Tagesordnung zu setzen, wenn sie noch nicht gedruckt sind, wozu oft nicht Zeit sein wird. — Die Regierung ist damit einverstanden, und aus der Kammer erhebt sich auch kein Widerspruch.

Wir kommen zum zweiten Punkte: Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 39 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte betreffend. (Drucksache Nr. 403.)

(S. M. II. R. 4. Bd. Nr. 90 S. 3342 D.)

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich.

**(D)**Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. **Dittrich:** Kap. 39 hat, wie den Herren bekannt ist, in der Zweiten Kammer Anlaß zu sehr ausgiebigen Erörterungen gegeben; es ist sogar, nachdem es bereits einmal zur Plenarberatung gestanden hatte, wieder zurückverwiesen worden. Am Ende hat sich aber die Zweite Kammer mit den Vorschlägen der Königl. Staatsregierung einverstanden erklärt.

Gegenstand dieser verschiedenen Erörterungen war in der Hauptsache der Wunsch der Königl. Staatsregierung, für 7 Oberlandesgerichtsräte hervorgehobene Stellen zu schaffen. Bedenken dagegen waren hauptsächlich von dem Gesichtspunkte aus erhoben worden, daß dadurch Schwierigkeiten bei anderen Beamtensategorien entstehen könnten. Man hat aber schließlich im Anschluß an die Darlegungen der Königl. Staatsregierung die Bedenken zurückgestellt und die Position genehmigt.

Auch bei der Beratung in Ihrer Deputation sind die verschiedenen Bedenken erwähnt worden, die ja ganz gewiß nicht von der Hand zu weisen sind; insbesondere kam mit zur Sprache, daß, wenn man jetzt diese 7 herausgehobenen Stellen neu begründet, dadurch wieder die Inhaber anderer Stellen sich zurückgesetzt fühlen. In der jenseitigen Kammer ist bereits hingewiesen worden auf die Stellung der Oberstaatsanwälte in Dresden und Leipzig